

Reg.

DER DELEGIERTE
FUER KONJUNKTURFRAGEN

3003 Bern, 27. Februar 1975
15 Ga/SJ

3200.2

Protokollnotiz

zur Aussprache mit Vertretern der Uhrenindustrie, 24.2.1975 in Bern

Vorsitz: Bundesräte Brugger und Chevallaz

Uhrenindustrie:

- Chambre suisse de l'horlogerie : HH. Clerc, Wittwer
- Fédération horlogère suisse (FH) : HH. Arnaud, Bauer, Blum, Retornaz, Waltz
- Union des associations de fabricants de parties détachées horlogères (UBAH) : HH. Carrel, Robert, Schaller
- Société générale de l'horlogerie suisse SA (ASUAG) / Ebauches SA : HH. Balmer, Obrecht, Renggli
- Association d'industriels suisses de la montre Roskopf / Union des fabricants d'ébauches Roskopf (VRE) : HH. Renfer, Schmid, Stampfli
- Union pour des montres ancrées économiques (UMES) : HH. Hunsperger, Rivier

Bundesverwaltung:

- Handelsabteilung : HH. Hofer, Jolles, Probst, Rothenbühler
- BIGA : HH. Bonny, Mühlemann
- Preisüberwachung : H. Schlumpf
- Generalsekretariat : H. Fröhlicher
- Delegierter f. Konjunkturfragen : H. Kneubühler
- Nationalbank: : H. Schürmann

1. Lageanalyse durch die Uhrenindustrie

Die jüngste konjunkturelle Entwicklung und die gegenwärtige Lage in der Uhrenindustrie wurden seitens deren Vertreter - stichwortartig zusammengefasst - wie folgt charakterisiert:

Die Exportentwicklung der zu 97 Prozent von den Ausfuhren abhängigen Uhrenindustrie verschlechterte sich seit der zweiten Jahreshälfte 1974 zusehends. Im Januar 1975 ergab sich frankenmässig bereits ein Exportrückgang um 8,4 Prozent auf noch 171,8 Mio. Franken; viel massiver sind die Abnahmen bei der ausgeführten Stückzahl. Die Lage ist weiter gekennzeichnet durch einen beängstigenden, zwar je nach Unternehmung und Abnehmerland unterschiedlichen Auftragsrückgang, durch eine Verschlechterung der Zahlungsmoral und durch schrumpfende Gewinnmargen.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten werden hauptsächlich auf zwei Ursachen, nämlich auf die weltweite Depression und auf die starke Aufwertung des Schweizerfrankens zurückgeführt. Von dieser scheinen die dauerhaften Konsumgüter, namentlich die Uhren, stärker betroffen zu werden als die übrigen Waren. Die Schweizerische Uhrenindustrie trifft keine Schuld, da sie die Strukturbereinigung rechtzeitig vollzogen und im Ausmass des Möglichen rationalisiert hat. Die Märkte wären nach wie vor aufnahmefähig; der unrealistische Frankenkurs hat die Wettbewerbsstellung der Schweizerexporteure auf den Weltmärkten aber stark angeschlagen. Davon profitieren vor allem die Japaner, der zweitgrösste Uhrenproduzent, da das Verhältnis Dollar/Yen seit Monaten praktisch unverändert geblieben ist.

- 3 -

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind je nach Gruppe und Betrieb unterschiedlich. Am stärksten betroffen ist heute zweifellos die Roskopfhren-Produktion, die im vergangenen Januar gegenüber dem Vorjahresstand einen Bestellungenrückgang von 45 Prozent und im Februar sogar von 80 Prozent in Kauf nehmen musste. Bei Anhalten der gegenwärtigen Lage ist in zwei bis drei Monaten mit Entlassungen und Betriebs-schliessungen grossen Ausmasses zu rechnen. Aber auch bei den Fabrikanten von Ankeruhren und Bestandteilen beginnt der Bestellungenrückgang, namentlich aus dem Dollarraum, beängstigende Dimensionen anzunehmen. Es wird angesichts der stark steigenden Lagerbestände nicht mehr lange möglich sein, die Produktion im bisherigen Umfang, das heisst bei weitgehender Aufrechterhaltung des Beschäftigungsstandes, weiterzuführen.

Die Aussichten für 1975 und 1976 sind insofern trübe, als es sich diesmal nicht um eine "normale" Krise handelt, auf die früher oder später wieder ein konjunktureller Aufschwung folgt. Es ist vielmehr zu befürchten, dass bei unveränderten Währungsparitäten entscheidende Marktanteile an ausländische Konkurrenten (insbesondere Japan, USA und UdSSR) verloren gehen, die nicht mehr zurückerobert werden können. Bei einem Dollarkurs von Fr. 2.50 ist für das laufende Jahr mit Umsatzeinbussen in der Grössenordnung von zwischen 15 und 50 Prozent zu rechnen. Sofort wirksame Gegenmassnahmen, in erster Linie wechselkurspolitischer Natur, sind deshalb heute unerlässlich.

2. Stabilisierungspolitische Vorstellungen der Uhrenindustrie

Aus der Sicht der Uhrenindustrie sollten Bund und Nationalbank Sofortmassnahmen folgender Art ergreifen oder zumindest prüfen:

- 4 -

- Wechselkurspolitik: Erreichen tragbarer Paritäten; die FH erklärt sich imstande, die Schwellwerte für die verschiedenen Kursrelationen bekanntzugeben, von denen an die Schweizer Uhrenindustrie an den entsprechenden Märkten nicht mehr konkurrenzfähig ist.
- Weitere aussenwirtschaftspolitische Massnahmen:
 - Ausbau der ERG, insbesondere Abdeckung des Kursrisikos
 - Bessere Ueberwachung der Devisenmärkte, Begrenzung der Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer
 - Kapitalexport im Dienst der Exportindustrie
 - Engere währungspolitische Zusammenarbeit zwischen Geschäftsbanken, Nationalbank und Bund, bessere Information zwischen Behörden und Exportindustrie
 - Miteinbezug der multinationalen Unternehmungen
 - Importrestriktionen als ultima ratio
- Geldpolitische Lockerungen, Krediterleichterungen
- Vorkehren anlässlich der MUBA (Messekontingent, Devisentermingeschäfte)

Der Rahmen der möglichen Selbsthilfemassnahmen (Verzicht auf Preiserhöhungen, Erschliessung neuer Märkte, Rationalisierungen usw.) ist ausgeschöpft. Durch Reduktion der Heimarbeit, Nichtersetzen von Abgängen usw. liessen sich bisher Entlassungen grösseren Ausmasses vermeiden. In nächster Zukunft kann ein ernsthafter Beschäftigungseinbruch in der Uhrenindustrie indes nur abgewehrt werden, wenn der Bund wirksame Stützungsmaßnahmen im oben erwähnten Sinn ergreift.

3. Das Massnahmenpaket von Bund und Nationalbank

a) Wechselkurs- und Währungspolitik

Zur Beschränkung der Nachfrage nach Schweizerfranken hat die Nationalbank, zum Teil aufgrund der laufenden Gespräche mit den drei Grossbanken, folgende Massnahmen vorgekehrt oder geprüft:

- Anlageverbot für ausländische Währungen in schweizerische Wertpapiere
- Herabsetzung der Festgeldsätze
- Beschränkung der Abgabe von Kassaobligationen an Ausländer
- Herabsetzung der Debitoren- und Kassaobligationensätze
- Senkung des Privatdiskontsatzes für Wechsel
- Heraufsetzung der Kapitalexportquote
- Weisung an die Banken, die Devisenpositionen täglich "glattzustellen"
- Verstärkte Offenmarktpolitik (vermehrte Ausgabe von S-Reskriptionen zu marktkonformen Bedingungen)
- Bessere Organisation des Devisenmarktes (Beschränkung der Interventionen auf Kassageschäfte)
 - Neue Dienstnummer der PTT für Devisenkursmeldungen ab Mitte März
 - Prüfung der Frage einer eigentlichen Devisenbörse
 - Vergrösserung der Transparenz auf dem Devisenmarkt; Vorbereitung eines Agreements mit den Banken betreffend Meldungen über Devisentransaktionen (ab 5 Mio.Dollars)

- Erweiterung der konzertierten Aktion auf die Benelux-Staaten; zur Diskussion steht namentlich die Schaffung einer "kleinen Währungsschlange", um realistische Bandbreiten (z.B. zwischen Fr. 2.55 und 2.60) zu erreichen.
- Devisenbewirtschaftung ("Kurssplit" usw.); angesichts der schwerwiegenden Nachteile (administrativer Aufwand, Retorsionsmassnahmen usw.) höchstens als ultima ratio.

b) Kreditleichterungen

Die Nationalbank ist bereit, zugunsten der Uhrenindustrie Ausnahmen von der Kreditbegrenzung zu gewähren (Art. 3 Abs.9 Kreditbeschluss; eigene Kompetenz). Auf Gesuch hin können Bankkredite von der Kreditplafonierung ausgenommen werden, wobei die FH die Firmengesuche prüft und der Nationalbank entsprechend Antrag stellt. Dies bedeutet praktisch eine völlige Befreiung der Uhrenindustrie von der Kreditzuwachsbegrenzung. Ein Problem besteht indes darin, dass Geld noch nicht Kredit ist.

c) Handelspolitik

Die Handelspolitik sollte sich grundsätzlich an drei Zielen orientieren:

- Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Importländer; weltweite Bekämpfung der Zahlungsbilanzdefizite
- Aufrechterhaltung des freien Welthandels, Bekämpfung der protektionistischen Tendenzen (z.B. Erneuerung des OECD-Abkommens, Verhandlungen im Rahmen des GATT usw.)
- Diversifikation der Auslandmärkte, Erschliessung neuer Absatzgebiete (unterstützt durch Kontakte der Handelsabteilung, z.B. Treffen mit Schah).

- 7 -

Daneben werden folgende Sofortmassnahmen geprüft beziehungsweise vorbereitet:

- Ausbau der Exportrisikogarantie: Erhöhung des höchstzulässigen Garantiesatzes (z.B. auf durchschnittlich 85 %), bessere Abdeckung der Kursrisiken (z.B. bereits ab 6 anstatt erst ab 12 Monaten, zugunsten der Konsumgüterindustrie)
- Sondermassnahmen MUBA: Ermöglichung von Termingeschäften, Messekontingent
- Intensivierung der aussenwirtschaftspolitischen Diplomatie.

d) Arbeitsmarktpolitik

- Arbeitslosenversicherung
 - Grundsätzliche Revision (Verfassungsänderung);
Schwerpunkte: Ausdehnung des Versichertenkreises (Obligatorium), Verbesserung der Versicherungsleistungen (auch Präventivmassnahmen), rationelleres Versicherungssystem (Reorganisation des Kassenwesens)
 - Kurzfristige Verbesserung des heutigen Systems (Briefe an 8 Kantone, Instruktionkurse usw.)
- Arbeitslosenfürsorge: Ueberbrückungskonzept für den Notfall
- Arbeitsvermittlung
- Umschulung

Nähere Ausführungen vgl. Papier "Konjunkturpolitik" vom 17.2.1975 (an den Bundesrat)

e) Arbeitsbeschaffungsreserven

Dieser Punkt kam nicht zur Sprache; vgl. indes Notiz des Delegierten für Konjunkturfragen vom 25. Februar 1975.

Seitens der Vertreter von Nationalbank und Bund wurde auch die Frage aufgeworfen, ob sich nicht die Kalkulationskosten, die in der Exportindustrie überdurchschnittlich hoch zu sein scheinen, noch verkleinern liessen. Im weitern darf nicht übersehen werden, dass die verhältnismässig günstige Preisentwicklung in der Schweiz und die Verbilligung der Importe sich auch für die Exportindustrie vorteilhaft auswirken. Man ist allgemein der Auffassung, dass die laufende Information und die regelmässigen Kontakte zwischen allen betroffenen Kreisen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand weitergeführt werden sollen.

Für die Protokollnotiz : R. Gallati